

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 26.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro Zeile oder deren Raum 25, f. Bahst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, 26. Dezember 1903.

Verlag: A. Bohrer, Hannover, Steinertstraße 6. Verantwortlicher Redakteur: August Brey, Hannover, Schillerstraße 5. Druck von Börnke & Böber, Hannover.

12. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der heutigen Nummer liegen die Abrechnungsformulare für das 4. Quartal bei. Wir ersuchen die Kollegen, in der statutarisch vorgeschriebenen Zeit, d. h. in den ersten zwei Wochen des Monats Januar die Abrechnung vorzunehmen.

Nachdem die erhöhten Beiträge dreiviertel Jahre in Geltung sind, wird Nachfrage nach altem Material nicht mehr vorhanden sein. Es werden daher die alten Materialbestände nicht mehr weiter geführt, und sind daher alle alten Marken mit einzusenden.

Wir fordern besonders die ersten Bevollmächtigten und die Revisoren auf, für pünktliche Einbringung der Abrechnung zu sorgen. Wie die Abrechnungen und Revisoren vorzunehmen sind, ist aus dem Leitfaden, Seite 15 und 21 ersichtlich.

Mit Ablauf des Jahres sind auch die statistischen Fragebogen einzusenden. Deshalb werden alle Bevollmächtigten und Vertrauensleute gebeten, für Einsammeln der Fragebogen Sorge zu tragen. Alles, was an ausgefüllten Bogen zu bekommen ist, ist an uns einzusenden.

Mit kollegialischem Gruß

August Brey.

Weihnachtsbetrachtungen.

Von W. Schramm.

Auch heuer wird wieder, wie seit neunzehnhundert Jahren, von den offiziellen Vertretern des Christentums oder sagen wir lieber des Kirchentums der bedrängten Welt, soweit sie trotz der seit langem und unausgesetzt betriebenen Aufklärungstätigkeit auf allen Gebieten des Wissens immer noch zu den Kirchengläubigen zählt, die Botschaft von dem Frieden auf Erden verkündet werden, und von dem Wohlgefallen, dessen die Menschen teilhaftig werden sollen.

Wir zweifeln gewiß nicht daran, daß diese „Botschaft“, die in diesen Tagen von den Kanzeln herab verkündet wird, und die sich einzig und allein nur auf den Glauben, und zwar auf den Kirchenglauben, gründet, einen Widerhall finden mag bei allen denen, die sie hören wollen; die es noch nicht vermocht haben, sich aus den Fesseln des kirchlichen Dogmas zu befreien; die auf das Wunder, des Glaubens liebste Kind, schwören.

Wir Ungläubigen, für die das von den Kanzeln herab verkündete Wort von dem Frieden auf Erden usw. ein Wahn ist wenigstens in dem Sinne, wie es gemeint ist und wie es von den Gläubigen im Lande verstanden werden soll, wir wollen dem Weihnachtsfeste nichts von seinem Nimbus nehmen. Im Gegenteil, wir finden in ihm sogar — freilich nach unserer Weise — manche Anklänge. So ist z. B. die alte, schöne Sitte, an diesem Feste sich gegenseitig zu beschenken, gar nicht christlichen, sondern heidnischen Ursprungs. Sie leitet sich von den Gebräuchen ab, die bei den Saturnalien, einem altitalienischen Feste, üblich waren, und das wahrscheinlich gefeiert wurde zum Andenken an den glücklichen Naturzustand der Menschen zur Zeit der „Regierung“ des Saturnus, wo unter ihnen Freiheit und Gleichheit in jeder Beziehung bestand. Aber abgesehen hiervon ist das Weihnachtsfest wie kein anderes der sogenannten hohen Feste geeignet, uns an vergangene Zeiten, vielleicht an die Tage unserer Kindheit, zu erinnern, wo uns von mehr oder weniger gläubigen oder ungläubigen Nahestehenden, jedenfalls aber von lieber Hand, so gut es ging, manches Angebinde auf den Weihnachtstisch gelegt wurde. Wohl denen, denen in diesen Tagen der frühen Jugend noch keine Zweifel an dieser Botschaft aufstiegen.

Doch wenn wir diese Reminiszenz verlassen und uns dem zuwenden, was ist; wenn wir uns in der Welt der Tatsachen bewegen, in die wir bei genauer Betrachtung der Dinge ohnehin jeden Tag verwiesen werden, wenn bei uns an die Stelle des Glaubens durch die Betrachtung und durch das Studium der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge die auf dem Wissen beruhende Erkenntnis getreten ist, dann hat in unserer Gedankenwelt der Inhalt dieser an die „Christenheit“ gerichteten Botschaft keinen Raum mehr; dann können wir in Beziehung auf das Weihnachts-Goangelium die Worte des Altmeisters Goethe im „Faust“ zitiieren: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“; dann bedarf es vielleicht nicht

einmal mehr des Hinweises darauf, daß so manche der im wohlgeschützten Besitze stehenden offiziellen Verkünder der christlichen Lehre dem Stifter des Christentums so durchaus unähnlich sind, der nicht hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte.

Wohl enthielt die Lehre des Nazareners, zur Erinnerung an dessen Geburt etwa vom vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung ab die Christenheit das Weihnachtsfest begeht, viel demokratischen Geist, wenigstens nach ihrer ursprünglichen Aufgabe, und viele ihrer ersten Anhänger, die Armen und die Elenden, die Zöllner und die „Sünder“ gaben diesem Geist offen Ausdruck. Es bestand in mancher ihrer Gemeinden eine wenn auch nur unvollkommene Art von Gütergemeinschaft, allerdings mehr auf religiösen, als auf gesellschaftlichen Prinzipien beruhend. Immerhin, ein solcher Anfang mußte wohl geeignet erscheinen, bei den Anhängern des Christentums einen Optimismus und mancherlei schöne Hoffnungen auf die Zukunft, vielleicht gar auf die Beseitigung der menschlichen Not hervorzurufen. Wer vermüchte es wohl heute zu sagen, wie groß innerhalb der ersten enthusiastischen Strömungen diese Hoffnungen waren, denen sich die Anhänger und Verkünder der Lehre auf den endlichen Sieg ihrer Sache hingaben, vielleicht nicht minder groß als die Hoffnungen Tausender unserer Zeitgenossen in bezug auf den endlichen Sieg der sozialen Gerechtigkeit in der Zukunft. Aber wenn auch vor der aufgehenden Sonne der damaligen neuen Lehre die Glorie der Götter des alten Heidentums erlosch, so trug diese neue Lehre aber dennoch, trotz des ihr innewohnenden hohen sittlichen Kerns, den Keim in sich, zu Verhältnissen zu führen, die, wie die Zukunft lehrte, vernunftwidrig und deshalb auf die Dauer unhaltbar waren. Warum? Weil die Lehre des Zimmermannssohnes, die als ein Goangelium in die alte Welt hinausging, ihren Grundgedanken nach nicht die Vorbedingungen und Voraussetzungen enthielt, die ihr die Basis hätten geben können, ein Weltgebäude menschlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen zu tragen. Und wenn auch vor dem Heiligenschein des sich zwar anfangs still und bescheiden, aber doch stets intensiv ausbreitenden und zur Macht gelangenden Christentums die Götter der alten Welt in den Staub sanken, so entstanden doch, abgesehen von der furchtbaren und wohlorganisierten Macht unter Kreuz und Krummstab, andere, neue Götter, durch die die Kultur zu Grunde gehen mußte, wenn es der aufklärerischen Macht des Fortschrittes nicht vorbehalten bliebe, sie zu stürzen.

So hat das Christentum, trotz des ihm zu Grunde liegenden hohen sittlichen Kerns, es nicht vermocht, dem Menschum seine Bahnen zu ebnen. Im Gegenteil. Als das etwa dreihundert Jahr lang von der Macht des alten Heidentums bedrängte und verfolgte Christentum im Jahre 313 unter dem römischen Kaiser Konstantin mit dem Heidentum die gleiche politische Berechtigung erhielt und in späterer Folge sogar die bevorzugte, ja dominierende Religion im Staate wurde, trat es sozusagen die furchtbare Erbschaft der vor ihm bereits dagewesenen Verhältnisse an. Es fand sich mit der damaligen grundverlehrten Staats- und Gesellschaftsordnung ab; ebenso wie heute. Es konnte und wollte die damalige Staats- und Gesellschaftsordnung ebenso wenig ändern, wie unsere heutige. Wenn es hoch kam, bellagten seine Vertreter vielleicht die Konsequenzen dieser Gesellschaftsordnung, wenn sie es nicht für praktischer hielten, dem Volke diese Konsequenzen als Fügung Gottes darzustellen. Sein Reich war nicht von dieser Welt. Es konnte die dem Christentum zugrunde liegende Gleichheitsidee nicht zur Geltung kommen, weil die Verhältnisse mächtiger waren als sie. Sie konnte die ihrem innersten Wesen nach verhasste Sklaverei im alten Rom ebenso wenig beseitigen, wie im christlichen Mittelalter die Leibeigenschaft und die ihr folgende Hörigkeit, die als eine mildere Form der Sklaverei gelten kann. Und „wenn ein Geist herniederstiege“, der den Inhalt der Lehre des Nazareners bis in ihre letzten Konsequenzen vertrat und zur praktischen Betätigung aufforderte, die Staatsgewalt würde sich wohl sehr bald des „wunderbaren Heiligen“ bemächtigen und ihm den Prozeß machen. Eine auf kapitalistischer Grundlage beruhende Staats- und Gesellschaftsorganisation und Christentum im wahren Sinne seines Stifters sind eben Dinge, die sich gegenseitig vollständig ausschließen, weil die gesellschaftliche Ordnung nicht

willkürlich ins Leben gerufen, sondern ein Produkt entwicklungsgezügelter Notwendigkeit geworden ist, während sich die christliche Lehre an die menschlichen Gefühle, an die edlen Regungen im Menschen, wendet.

Aber dennoch, wenn in diesen Tagen die alte Botschaft von dem Frieden auf Erden wiederum in alle Lande geht, so soll sie für uns kein wesenloses Schemen sein, sondern die Verheißung auf die im Bunde mit der Macht der Tatsachen stehende, auf Grund unabänderlicher Notwendigkeit sich allmählich vollziehende Ausgestaltung der sozialen Gerechtigkeit, die wir unter dem Namen „Soziale Frage“ verstehen, die man als die Frage der Menschheit bezeichnen kann. Wenn auch der Weg bis zu ihrer Lösung beschwerlich, gefahrvoll und mit vielen Opfern bedeckt und das Ziel weit ist, so wissen wir doch, daß es erreicht werden wird; wir wissen nur nicht, ob wir es erreichen. Wenn wir aber im großen Buche der Menschheit lesen, wie die naturgesetzliche Notwendigkeit das Menschengeschlecht von den Ursprüngen seines Erdenbestehens zu seiner jetzigen Höhe emporrichtete und auf anderem Gebiete in tausendjährigen Zeitläufen Völker, Staaten und gesellschaftliche Einrichtungen der Menschen entstehen und wieder vergehen ließ und höhere Formen daraus entstanden, so können wir auch in Beziehung auf die gegenwärtige soziale Ordnung der Dinge nicht glauben, daß wir vor einem „Bis hierher und nicht weiter“ ständen. Nichts kann ewige Dauer beanspruchen. Eine Erkenntnis, die so wahr in dem Worte Goethes ihren Ausdruck findet: „Im Werden und Vergehen gibt's kein Weiben; die Natur hat ihren Fluch gebängt ans Stillestehn.“ Es wäre aber töricht, wollten wir, die Hände in den Schoß legend, dem naturgesetzlichen Entwicklungs- und Werdegange die Zukunft, das Geschick des Menschengeschlechts anheimgeben. Es wäre dies nichts anderes, als die mythisch geoffenbarte Verheißung des Bibelwortes, das da heißt: „Ich will mein Volk erlösen und ihm einen Messias senden.“ Wir fühlen uns berufen, mitzuarbeiten an dem großen Werke der Zukunft. Wir wissen, daß es der Mittel viele, aber doch nur einen Weg gibt, dieses Ziel zu erreichen. Da ist es neben der Teilnahme an der politisch-sozialen Bewegung des Proletariats, die die Gegenwart erfüllt und immer mächtiger die Herzen und die Geister erfaßt und in ihren Bannkreis zieht, die Betätigung auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung. Hier harren noch viele Aufgaben ihrer Lösung, die wirtschaftlichen Organisationen im Interesse ihrer Glieder immer besser auszugestalten und sie, mehr noch als es heute der Fall ist, zu Institutionen zu erheben, die machtvoll genug sind, ihren Gliedern diejenige wirtschaftlich-soziale Stellung zu erringen, auf die sie, als die Angehörigen der zahlreichsten Klasse, ein Anrecht haben. In diesem Sinne wollen wir den Inhalt der Weihnachtsbotschaft an alle uns Fernstehenden ergehen lassen. Wenn gleich wir wissen, daß es dem Menschengeschlecht für ewige Zeiten versagt sein wird, das Vollkommene zu erreichen, so wird sie aber dennoch kommen, die Zeit, wo die Epigonen werden sagen, es herrscht

Friede auf Erden

Und den Menschen ein Wohlgefallen!

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Fusionen in der Elektrizitätsindustrie. — Kohlenhydrat- und Verkaufsfaktor. — Wüstungen des Stahlwerkeverbandes. — Aus der Petroleumproduktion.

Die längst vermuteten Fusionen in der Elektrizitätsindustrie treten allmählich schärfer hervor.

Ende November beschloß, auf Antrag des Vorstandes, der Aufsichtsrat der Berliner Elektrizischen Licht- und Kraftanlagen, Akt.-Ges., das rivalisierende rheinische Unternehmen, nämlich die Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen in Köln, einfach auszulassen. Die zustimmenden Erklärungen der Aufsichtsräte des Kölner Unternehmens lagen bereits vor, nur die Aktionäre traten selber recht wenig in Tätigkeit; auf der Berliner Generalversammlung gelangte das Projekt in keiner Weise zur Erörterung; gleich nach Schluß machte jedoch die Verwaltung das Abkommen selbstherrlich fertig — in der Kapitals-„demokratie“ der Aktiengesellschaften wird die Masse der Anteilhaber bekanntlich sehr häufig ausgelassen, mitunter sogar zu ihrem eigenen Vorteil.

Der Berliner Betrieb darf als Bundesgenosse und Vasall der Siemens-Schuckertgruppe und damit der Deutschen Bank angesehen werden. Die verschluckte Kölner Gesellschaft hat manche schlimme Erfahrung hinter sich; sie war mit den Petroschaften eng verwaschen, vor allem durch Uebernahme der Kapitalbeschaffung; die Schwierigkeiten des Schlichtings machten schließlich auch bei der Kölner Zentrale eine „Sanierung“

ersten Gegenstand „Endgültige Beschlußfassung zum Zehnstundentag der Fabrikarbeiterinnen“ auf der Tagesordnung stehen hatte. Der Generaldirektor Pieper-M. Gladbach begründete die von ihm entworfene Petition an den Bundesrat, in welcher derselbe erjucht wird, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die höchstzulässige Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen von 11 auf 10 Stunden und an den Vorabenden der Sonn- und Festtage auf 9 Stunden herabgesetzt wird, mit der Maßgabe, daß während einer Uebergangsfrist von zwei Jahren der Bundesrat für bestimmte Fabrikationszweige Ausnahmen zulassen kann.

Wertwürdig ist, daß die Gesellschaft für soziale Reform eine Uebergangszeit für die schon seit Jahren notwendige Herabsetzung der Arbeitszeit fordert. Eine solche ist hier absolut nicht angebracht, da den Arbeitgebern die Einführung des Zehnstundentages sofort möglich ist. Die Gesellschaft für soziale Reform charakterisiert sich durch diese Wahrung der Kapitalsinteressen selbst am besten.

Wie man mit der Kranken-Versicherung als einer Wohltat für die Arbeiter umspringt, beweist folgender Fall, der sich in Wohlau in Schlessien zugetragen hat. Dort wollten die Ärzte eine Erhöhung des Honorars von 1,75 Mk. auf 3 Mk. pro Kopf der Versicherten durchsetzen. Die Kasse bewilligte aber nur 2 Mk., was indes die Ärzte ablehnten. Bei der Kasse sind auch 3500 ländliche Arbeiter versichert. Diese sollen als Professionsmittel dienen. Dem nächsten Kreistage liegt folgender Antrag vor: „Kreistag wolle die Aufhebung der Versicherungspflicht der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für den Fall beschließen, daß nicht bis zum 1. Januar nächsten Jahres eine Einigung zwischen der gemeinsamen Ortskrankenkasse für den Kreis Wohlau und ihren Kassenärzten auf der Grundlage eines jährlichen Honorars von 3 Mark für den Kopf der Versicherten zustande gekommen ist.“ Dieser Antrag ist ein Hohn auf die berühmte Musterfürsorge für die deutsche Arbeiterschaft.

Vom sozialen Kampfplage.

Vom Streik in Belten ist zu berichten, daß eine Fabrik, die durch Verkauf in die Hände neuer Besitzer übergegangen ist, die Forderungen bewilligt hat. Uns dünkt, was Anfänger können, sollten eingerichtete Fabriken erst recht können. Der Vorstand des Kreises hat aus neue den Versuch gemacht, eine Einigung herbeizuführen. Auf seine Veranlassung haben die einzelnen Kategorien der Streikenden ihre Forderungen auf einen Minimalfall herabgesetzt. In einer Versammlung, die am 19. Dezember tagte und welcher der Kollege Brey beizuhörte, wurde gegen eine geringe Minorität beschlossen, die Forderungen unserer Kollegen von 3 auf 2 Pf. pro Stunde herabzusetzen, für Hilfsarbeiter, die im Akkord beschäftigt sind, soll die Lohn-erhöhung 5 Prozent betragen. Die Löhner haben auch ihre Forderung auf 5 Prozent ermäßigt. Die Rutscher wollen nunmehr noch 1 Mk. pro Woche Lohn-erhöhung haben. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der es heißt: „Sollte es dem Herrn Landrat gelingen, zu diesen Minimalforderungen die Zustimmung der Fabrikanten zu erhalten, so würden die streikenden Hilfsarbeiter für Beendigung des Streikes sein.“ Durch Brey war mitgeteilt worden, daß der Vorstand beschloß, in der Weihnachtswoche den streikenden verheirateten Kollegen 2 Mk., den ledigen Kollegen 1 Mk. mehr Unterstützung zu bezahlen. Am gleichen Tage wurde dann eine Sitzung mit der Fabrikantenkommission abgehalten. Diese Kommission will dafür eintreten, daß die Fabrikanten den Lohnhilfsarbeitern eine Lohnerhöhung von 1 1/2 Pfennig pro Stunde gewähren. Die Lohnfrage für Akkordarbeit soll nach Beendigung des Streikes durch eine Kommission geregelt werden. Die Rutscher sollen pro Woche 1 Mk. Zulage erhalten. Den Löhnern ist eine Erhöhung von 2 bis 3 Prozent für die schlechten Positionen in Aussicht gestellt worden. Würde die Mehrzahl der Fabrikanten ebenso sehr zum Frieden geneigt sein wie die Streikenden, so könnte mindestens jetzt, nachdem die letzteren ein weites Entgegenkommen gezeigt haben, der Streik beendet werden.

Kein Weihnachten in Crimmitschau! Die königliche Amtshauptmannschaft und der Crimmitschauer Stadtrat beschloßen, die geplanten sieben Weihnachtsbescherungen für die dortigen im Auslande befindlichen Textilarbeiter und ihre Familien nicht zu gestatten. Die Feier war der Behörde in Crimmitschau unter detaillierter Angabe des Programms angemeldet. Der Bürgermeister nahm aber Anstoß an der Ansprache, die im Programm vorgesehen ist. Als der Anmelder erklärte, daß unter keinen Umständen auf diese Ansprache verzichtet wird, mußte ihm der Herr Bürgermeister zu, er solle doch wenigstens Angaben über den Inhalt der Ansprache machen. Als auch dieses Ansuchen natürlich rundweg abgewiesen wurde, erklärte der Chef der Crimmitschauer Polizeibehörde, erst die Amtshauptmannschaft über die Sache befragen zu müssen. Darauf erging das Verbot. Vor längerer Zeit schon meldete der „Vorwärts“, daß ein Fabrikant gesagt habe: „Wir werden dafür sorgen, daß die Crimmitschauer Arbeiter kein Weihnachten feiern!“

Das war, ehe noch die Versammlungsverbote ergingen!

Die Crimmitschauer haben trotz des Verbots ihre Versammlungen abhalten können! Ihre Unterstützung wird weiter gezählt! Sie werden auch ihre Weihnachten feiern.

Die Aussperrung in Crimmitschau scheint zu einer allgemeinen Verschärfung des Gegenjahres zwischen Arbeitgebern und Arbeitern innerhalb des Textilgewerbes führen zu sollen. In verschiedenen Textilbezirken, namentlich im Forster und Rottbuser Bezirk, haben Versammlungen von Textilindustriellen stattgefunden, in denen nicht nur den Crimmitschauer Arbeitgebern finanzielle Unterstützung zugesichert, sondern auch die Drohung ausgesprochen wurde, daß, falls der Crimmitschauer Ausstand nicht bald zu Ende gehen würde, für die Arbeitgeber der deutschen Textilindustrie als letztes Mittel nur eine Aussperrung an sämtlichen deutschen Textilindustriellen übrig bleibe. Auch zu einer engeren Fühlungnahme der Textilindustriellen unter einander drängt die Aussperrung hin. Der Industrieverein in Verdau hat den Textilindustriellen Deutschlands den Plan einer zentralisierten Organisation unterbreitet. Der Vereinigung soll jeder Arbeitgeber des Textilgewerbes mit der Verpflichtung beitreten, 5 Proz. der Jahreslohnsomme an die Kasse abzuführen. Dieser Betrag soll bei großen Streiks noch um 1 Proz. der Jahreslohnsomme erhöht werden können. Durch diese Umlage hofft man einen Fonds zu schaffen, der bei Streiks zu Unterstützungen verwendet werden soll. Eine Folge des gegenwärtigen Konflikts ist auch mangelnde Unternehmungslust, obgleich der Geschäftsgang zu keinen besonderen Klagen Anlaß gibt.

Korrespondenzen.

Altenburg. Nach echt „Christlicher“ Weise wurde vor kurzem den Arbeiterinnen der Schmarzschleiferei in der Winkelmännischen Nähmaschinenfabrik ein Lohnabzug von 2 1/2 Prozent zu teil. Diese Arbeit ist eine verhältnismäßig schwere und ungesunde, für den weiblichen Organismus schädliche, und sollten eigentlich hierzu männliche Arbeitskräfte verwendet werden. Daß dies nicht geschieht, liegt doch lediglich daran, daß die Arbeiterinnen als billige Arbeitskräfte beliebt sind. Da dieser Lohnabzug bei der schon minderwertig bezahlten Arbeit nicht zu rechtfertigen ist, so hat er bei den Arbeiterinnen berechtigten Unwillen hervorgerufen, der auch in nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck kam. Der Meister wußte nun nichts Besseres zu tun, als die seit 6 Jahren dort beschäftigte Arbeiterin B. sofort zu entlassen. Die gemäßigete Arbeiterin wird dadurch kaum einen Schaden haben. Aber das Vorgehen wird bezweifelt, daß die Arbeiterinnen durch Anschluß an die Organisation sich einen Rückhalt schaffen, um in Zukunft auf derartige Behandlungen in der richtigen Weise antworten zu können.

Brandis i. S. Am 29. November tagte in Schöffers Restauration eine Versammlung. Genosse Roth aus Leipzig referierte über die Lage der ungelerten Arbeiter und die Notwendigkeit der Organisation. Das Referat fand Beifall. Von Diskussionsrednern wurden die Anwesenden ermahnt, fest zur Organisation zu halten und die noch Fernstehenden für den Verband zu gewinnen. Eine diesbezügliche Resolution gelangte zur Annahme.

Braunschw. Bei einer vom Gewerkschaftskartell vorgenommenen Arbeitslosenrechnung wurden am 6. Dezember 1341 Arbeitslose ermittelt. Davon waren 948 verheiratet und 393 ledig. Die Eheverheirateten betragen 1769 Kinder. Arbeitslosen-tage wurden im ganzen 65 286 gezählt, so daß auf jeden Arbeitslosen 48 1/2 Tage entfielen.

Cöpenick. In der am 6. Dezember abgehaltenen gut besuchten Versammlung referierte Kollege Bennewitz über: „Der Kampf ums Dasein“. Redner schilderte die Schwierigkeiten, unter denen die Arbeitenden zu leiden haben, wenn sie ihre Lage bessern wollen. Man ist ihnen die Unternehmer ablehnend gegenüber. Dies würde deutlich wieder bewiesen durch die Kämpfe, welche in Crimmitschau und Belten jetzt toben. Nur eine starke und gut fundierte Vereinigung könne diesem Widerstand trotzen und brechen. Der 1. Bevollmächtigte gab alsdann bekannt, daß eine Aussprache mit den Kohlenarbeitern dahin geführt habe, daß diesen eingeräumt worden sei, unter sich selbst zu kassieren. Die Verbandsbeiträge liefern sie voll ab. Die Ertagsbeiträge verwalten sie selbst. Als ihr Obmann ist Kollege Stala gewählt. Matheblowsky wurde aus-geschlossen.

Dresden. Nicht zum erstenmal ist es, daß wir uns mit der Sächsisch-Böhmischen Gummiabrik beschäftigen müssen. Zum wiederholten Mal häuten die dort beschäftigten Kollegen Grund gehabt, die Arbeit einzustellen. Aber die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und die schlechte Organisation waren früher der Grund, davon abzusehen. Fast jedes Jahr haben die in Akkord beschäftigten Kollegen Lohnabzüge über sich ergehen lassen müssen. Auch vor kurzer Zeit ist das wiederum der Fall gewesen. Die Kollegen haben auch diesmal gedacht, sich, wenn es nicht anders sein kann, die Lohnherabsetzung gefallen zu lassen, da die wirtschaftliche Lage nicht die beste ist. Durch Vorfälligkeiten wurde versucht, die Abzüge rückgängig zu machen. Herr Dr. Wachs, so heißt der neue Direktor — die Kollegen in Hannover kennen ihn jedenfalls —, war aber nicht zu bewegen. Nach seinem Rat sollten sie es nur versuchen; der Versuch wird aber ständige Einrichtung bleiben, daß die betr. Kollegen 3 bis 4 Mk. die Woche weniger verdienen. Aber nicht nur der lebenswichtige Rat des Herrn Dr. Wachs war das einzige, was er glaubte zu vollbringen. Es sollte auch der Kollege, welcher dazu bestimmt war, die Wünsche vorzubringen, sofort entlassen werden. Das schlug dem F. den Boden aus. Sofort waren alle in Frage kommenden Kollegen in den Ausstand getreten. Durch das Vorgehen haben sie erreicht, daß die Entlassung zurückgezogen wurde. Aber gemindert hat es den Herrn Dr. Wachs, das geht daraus hervor, daß er auf der Generalversammlung der Betriebskassier-kasse eine Rede vom Stapel ließ, wo er u. a. sagte: Es freut ihn, daß die Arbeiter zusammen hielten, aber, fuhr er fort, Sie müssen nicht nur allein arbeiten, um für Ihre Familie zu arbeiten, sondern auch der Fabrik einmal etwas zuzulassen, denn bis jetzt sind 98 Prozent vom Reingewinn nur für Sie verausgabt worden. — Die Arbeiter sind aber der Meinung, daß es nicht ihre Schuld ist, daß dem so ist. Da sprechen jedenfalls andere Gründe mit, die das verführet haben, wenn der Betrieb keinen Reingewinn weiter gebracht hat. Soll das anders werden, so muß Herr Wachs eingearbeitete Leute haben. Den Betrieb darf er auch nicht 8 bis 14 Tage schließen, oder Rente von der Straße hereinnehmen, wie er in seiner Rede ausführte. Denn bei den jetzigen Einrichtungen haben die Arbeiter, die schon länger in dem Betriebe sind, sehr aufzupassen, daß sie nicht zu Unfall kommen. Das lehrt ein am 5. Dezember vorgekommener Unfall, bei dem ein

Arbeiter die linke Hand bis zum Ellenbogen einbüßte. Dieser Unfall und auch die Rede des Herrn Direktors haben zu Wege gebracht, was uns trotz eifriger Agitation nicht gelungen war: sie haben veranlaßt, daß die Arbeiter in respektablem Zahl der Organisation sich angeschlossen haben. Den Arbeiterinnen und Arbeitern rufen wir zu: Bleibt der Organisation treu und bet allgemein besserer wirtschaftlicher Lage werden wir versuchen, das, was euch jetzt abgezwickelt wurde, wieder zu erlangen.

Chemnitz. Sonntag, den 6. Dezember, tagte eine gemeinsame Mitglieder-Versammlung der Kölner Zahlstellen, in der Kollege Fittgen über seine Tätigkeit als Gewerkschafter referierte. Die verschiedenen Wahlen, die im laufenden Jahre vorzunehmen waren, haben die agitatorische Tätigkeit für den Verband etwas getrübt. Freilich, wer die Verhältnisse kennt, die in Rheinland und Westfalen für die Arbeiter vorherrschen, sollte meinen, daß letztere von selbst, ohne jede Agitation der Organisation zu firmen müßten. Leider aber vermag die letzte Agitation die Arbeiter nur sehr langsam in Bewegung zu bringen. In Köln hat die Firma Vorster u. Gränberg wurden zwei Kollegen entlassen. Der eine, weil er in einer Versammlung Betriebs-kassier kritisierte, der andere, weil er Bevollmächtigter der Zahlstelle war. Auch die Polizei trat in Aktion, indem sie eine Betriebsbesprechung absolvierte zu einer öffentlichen Versammlung, die der Anmeldepflicht unterliegt, machen will. Öffentlich bleibt der liebe Mühe vergeblich. Öffentliche Versammlungen wurden 14 abgehalten, dann eine Anzahl Betriebsbesprechungen und 6 Besprechungen mit Vertrauensleuten und Kartellen. In 15 Mitglieder-Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Zahlstellen wurden 5 gegründet. Außerdem machte Frau Köhler eine Agitationstour durch den Gau. Dabei haben durchaus nicht alle Zahlstellen bei Einberufung und Besetzung der Versammlungen sich bewährt. Auch die Kartelle lassen sich teilweise an der erforderlichen Mithilfe ermangeln. Auch das Verhalten von manchen der übrigen Organisationen ist alles andere, nur nicht solidarisch. Nach kurzer Debatte wurde der Gauvorstand neu-gewählt und diesem noch eine Kommission zur Seite gestellt.

Erlangen. Nach wiederholten, durch die fällige Gewerkschaftskartell gemachten Versuchen ist es am 13. Dezember in einer Versammlung gelungen, die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes vorzunehmen. Es liegen sich 13 Kollegen als Mitglieder aufnehmen. Alsdann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Es ist zu erwarten, daß die allernächste Zukunft uns einen tüchtigen Zuwachs an Mitgliedern bringen wird. Dafür mit tätig zu sein, ist Pflicht eines jeden Kollegen.

Frettenwalde a. d. O. Organ 6 Kollegen aus Schiffs-mühle war durch den öffentlichen Anklager Strafantrag gestellt worden. Sie sollten sich während des Streiks im Mai d. J. gegen arbeitswillige Polen durch Drohungen, Schläge und Nötigungen vergangen haben. Der erste Termin mußte hinausgeschoben werden. Da so sehr „bedrängt“ geworden Polen hatten es nämlich vorgezogen, gar nicht vor Gericht zu erscheinen, sie waren inzwischen abgezogen, ihr neuer Aufenthalt war Königsberg in der Neumark. Am 1. Dezember wurde vor der Strafammer zu Eberswalde aufs neue verhandelt. Die Angeklagten wurden freigesprochen und sämtliche Kosten der Staatskasse auferlegt. Eigentümlich war, daß nicht die Streikenden, sondern die arbeitswilligen Polen mit dem Schuß-eisen Unfug getrieben haben; sie waren es, die da geschossen aber unsere Kollegen wurden angeklagt.

Hamburg-St. Georg. In der Versammlung am 10. Dezember gab das verlesene Protokoll Veranlassung zu etwelchen Auseinandersetzungen, die sich auch auf die letzte Gaunkonferenz erstreckten. — Der Vortrag über: „Der Streik der Weber in Crimmitschau“ konnte wegen ungenügenden Besuchs der Versammlung nicht gehalten werden. Nachdem der Kartellbericht gegeben, wurde beschlossen, für die ausgesperrten Kollegen in Bremen 30 Mk., für die Streikenden in Crimmitschau 20 Mk. zu bewilligen.

Hann. Mitglieder-Versammlung am 9. Dezember bei Herrn Rutter. Zunächst teilt diese mit, daß bis jetzt für die Crimmitschauer Weber 655 Mk. auf Sammelkästen aufgebracht worden sind. Dann hielt Genosse Schaumburg einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Kinderzuschußgesetz. Redner gab in großen Zügen ein Bild von der Ausbeutung der Kinder. Durch ein umfangreiches Zahlenmaterial wies derselbe nach, welchen Umfang die Ausbeutung in den einzelnen Berufen genommen, hauptsächlich ist die Ausbeutung in der Landwirtschaft am größten. Redner schloß seinen Vortrag mit dem Hinweis, nach Inkrafttreten des Gesetzes die Agitation für den Kinderzuschuß genügend zu betreiben.

Rattowitz. Sonntag, den 13. Dezember, tagte im Rattowitzer Gewerkschaftshause eine öffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung. Als Referentin war Frau Dr. Golbe-Gaspari geladen. Das Referat wurde durch den überwachenden Polizeikommissarius mit dem Hinweis auf den § 8 des Vereinsgesetzes verboten. Es referierte sodann in polnischer Sprache der Redakteur der „Gazeta Robotnicza“, Dr. Skowroniewicz, über die Lage der Arbeiter und über gewerkschaftliche Organisation im allgemeinen. Redner führte in fließendem einständigen Vortrag den Anwesenden die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen. Nach seinem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag fanden sich noch einige Diskussionsredner, von denen besonders die Ausführungen des Kollegen Trabalski lebhafteste Zustimmung bei der Versammlung fanden. Redner betonte die Notwendigkeit des Zusammengehens der polnischen Arbeiter mit den Deutschen. Die Frage der Verbesserung ihrer Lage werde nicht durch Betätigung ihres nationalen Standpunktes gelöst, sondern nur durch das Zusammengehen der polnischen und deutschen Arbeiter in den gewerkschaftlichen Organisationen. Nach einer Aufforderung zur Sammlung für die deutschen Arbeitsbrüder in Crimmitschau, welche Sammlung einen ansehnlichen Betrag ergab, wurde die von über 350 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Langenberg (Neuh). Am 12. Dezember tagte unsere Mitglieder-Versammlung, in der Kollege Gebhardt Bericht von der Gaunkonferenz erstattete. Der 1. Bevollmächtigte gibt darauf den Geschäftsbericht, nach welchem im Laufe des vergangenen Jahres 7 Mitglieder-Versammlungen abgehalten wurden. Außerdem ist in Abwesenheit eine Versammlung zur Ausbreitung des Verbandes abgehalten worden, welche leider nur einen vorübergehenden Erfolg hatte. Ferner hat hier eine Besprechung der Rattowitzer Arbeiter stattgefunden, welche erfreulicherweise einen guten Erfolg hatte, so daß die Zahlstelle von 11 auf 42 Mitglieder gemachtem ist. Bei Punkt 1. Verschiedenes“ wurden auf Antrag des Genossen Herrn Schröder 5 Mark aus der Lokalkasse zur Christbescherung der Crimmitschauer Aussperrten bewilligt.

Leipzig-Ost. Am 12. Dezember tagte in den „Drei Mühren“ unsere Mitglieder-Versammlung, in der Genosse Lütich einen Vortrag hielt über: „Arbeiterzuschuß und Arbeitertribunal“. Der Referent sprach in sehr eingehender Weise das Koalitionsrecht der Arbeiter. Bis dieses von den Unternehmern mißachtet wird, wenn die Arbeiter von dem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte Gebrauch machen wollten, dieses setzen recht drähtlich die Streiks in Belten und in Meissen, wo die Unternehmer verlangen, daß die Arbeiter ihrer Betriebe aus der Organisation austreten. Der Referent bespricht dann weiter die bekannte Leugnhauser Kaiserrede, in welcher gesagt wurde, die schwerste Strafe dem, der einen Arbeitswilligen an freiwilliger Arbeit hindere“. Redner führt einige Beispiele aus Crimmitschau an, wo sich die Unternehmer Ausschreitungen zu schulden kommen lassen, die, wenn von Arbeitern ausgeführt, mit harten Strafen

gehandelt wurden. — Zum Schluss forderte Redner zum Beitritt in die Organisation auf. Unter gewerkschaftlichem wurde der Vorschlag der Leitung, Einführung einer Lokalsteuer, angenommen.

Sünden. Die auf der Gummiwarenfabrik Harburg-Mien beschäftigten Kollegen führen lebhaft Beschwerde über die neu angelegte elektrische Lichtleitung. Das Licht der Bogenlampen flackert beständig und ist daher bedeutend schlechter als das frühere, das man als untauglich entfernt hatte. Vor einiger Zeit fragte der Direktor der Fabrik, ob der Zustand immer so sei, was bejaht wurde. Abhilfe ist aber noch nicht geschaffen, trotzdem die Direktion weiß, daß dieses Licht für die Augen der Arbeiter schädlich ist. — Das Klosett befindet sich gleichfalls in einem ungehörigen Zustande. Dasselbe ist beständig naß von den ausströmenden Dämpfen der Vorkammer, die neben dem Klosett sich befindet. Früher war die Errichtung einer Badeanstalt beantragt. Es scheint, als ob die Fabrik dies als Einzug einer solchen betrachte. — Auch die Lohnverhältnisse lassen alles zu wünschen übrig. Vorige Woche haben die Arbeiter der technischen und Schlauchabteilung nur halbe und dreiviertel Lohne erhalten können, jedoch auch da noch bis 20 Prozent unter dem Lohne, den sie sonst für diese Zeit erhielten, verdient. Die Fabrik sollte doch einsehen, daß mit so wenig Geld ein Arbeiter kaum sich, noch viel weniger seine Familie ernähren kann. Die Weihnachtsgabe ist den Arbeitern und deren Kindern völlig verdrorben worden. Was kümmerts das Kapital!

Lübeck. (Jahresbericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes im 19. Gau.) Im im neuen Geschäftsjahr die ganze Kraft der Agitation zu entfalten, wurde die in der vorigen Gaukonferenz beschlossene Agitationskommission vom Gauvorstand ausgeführt. Es war zu diesen Versammlungen die Kollegin Frau Jürg aussersehen als Referentin. Sämtliche Zahlstellen wurden berücksichtigt, bis auf drei, welchen es noch nicht möglich ist, ein Lokal für ihre Versammlungen zu besorgen. Diese Versammlungen waren durchweg gut besucht, aber wenige Mitglieder wurden gewonnen. Außerdem sind noch im Laufe des letzten Geschäftsjahres 16 Mitgliederverfassungen vom Gauvorstand mit Referenten verfolgt worden, so daß im ganzen in 24 Versammlungen Rekrute gehalten wurden. Es ist uns dadurch auch gelungen, unsere Mitgliederbestand teilweise ein wenig zu erhöhen, z. B. die Zahlstellen Schlutup, Stodelsdorf sind gut im Aufblühen begriffen. In Lübeck geht man trotz der Anstrengungen, die in jeder Versammlung stattfanden, nicht vorwärts, wir können es mit allen Mitteln versuchen, um den Mitgliederbestand zu heben. Eine öffentliche Versammlung, die vor vier Wochen vom Gauvorstand einberufen war, brachte einen Zuwachs von 7 Kollegen und Kolleginnen. Neue Zahlstellen sind in diesem Jahre nicht gegründet worden, denn das Land Wittenburg, das hauptsächlich unser Agitationsfeld ist, ist sehr schwer zu gewinnen, und wo wohl noch Anknüpfungspunkte zu haben sind, da kollidiert man mit den Bauarbeitern. Zu Arbeitseinstellungen kam es in Schlutup, Selmsdorf, Stodelsdorf, Eutin, Malente und Schwartau-Neufeld. Die ersten fünf Ausstände endeten erfolgreich. Der letzte Streik brachte bei einer Dauer von rund vier Wochen nur einen Pfennig Lohnzuschlag pro Stunde. Im weiteren entfallen noch verschiedene Differenzen in Lübeck, welche durch Eingreifen des Bevollmächtigten mit dem Gauvorstand zur Zufriedenheit der Mitglieder geregelt wurden. Erzielte dabei wurden in zwei Betrieben 3 Pf. Lohnzuschlag pro Stunde. Nebenbei muß ich hier bemerken, daß die Mitglieder sich ein wenig beschließen möchten, um den statistischen Bestimmungen und denen des Streikregulativs nachzukommen, manches Unlieb-same bliebe dann eripart. Hieraus sieht man, daß wir im letzten Jahre keine große Fortschritte gemacht haben, aber durch die Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden hoffentlich unsere Zahlstellen auch an Mitgliedern gewinnen, damit wir im nächsten Geschäftsbericht von günstigeren Resultaten berichten können. Denn wenn die Kollegen alle ihre Pflicht tun, wenn sie mit dem Bevollmächtigten Hand in Hand arbeiten und diese mit dem Gauvorstand geschlossen die Agitation fördern, dann müssen wir Erfolge erzielen.

Ludwigshafen a. Rh. Am 6. Dezember tagte eine Mitgliederversammlung, welche folgenden Bericht des Kollegen Seidel über die Gaukonferenz entgegennahm: Es ist beschlossen, bei zukünftigen Konferenzen die Delegierten vom Statutenrecht auszuheben, welche ohne Mandat erscheinen. Aus dem Bericht des Vorstandes lasse sich ersehen, daß derselbe nicht in dem Maße tätig war, als es sein sollte. Er (der Redner) habe auf der Konferenz so ziemlich allein Kritik geübt, während andere Delegierte voll des Lobes über die Tätigkeit des Gauvorstandes waren. Unter dem Punkte „Verständenes“ habe man zwei Punkte, die eigentlich unter den Bericht des Gauvorstandes gehörten, verhandelt. Ueber einen diesbezüglichen Antrag sei nicht abgestimmt worden. Er betrifft: 1. die Lohnbewegung bei Grünberg u. Hartmann und 2. den Lang-jährigen Streik in Rannheim. Durch die langen vorhergehenden Debatten wäre der eine Punkt flüchtig übergegangen worden, während über Punkt 2 zur Tagesordnung übergegangen worden sei. Gerade hier im ersten Punkt, den er speziell kenne, wäre es ihm unheimlich gewesen, an der Tätigkeit Kritik zu üben. Er halte es für ganz verfehlt, dem Gauvorstand ein Vertrauens-votum auszusprechen, ehe man den ganzen Bericht gehört habe. Nach seiner Überzeugung sei die ganze Konferenz eine Komödie gewesen, denn etwas Positives sei nicht geleistet worden. Im wesentlichen habe die Wahl des Gauvorstandes nicht auf der Tagesordnung gestanden. Es sei bisher Brauch gewesen, daß der Vorsitz von der Zahlstelle, die den Gauvorstand stützt, gewählt werde. In der Diskussion erklärte Kollege Benz, daß er die zwei Punkte deshalb als gutlet verstanden habe, weil er glaubte, die Delegierten würden sich auf beide verstehen und so die übliche Tagesordnung zurückdrängen. An den langen Debatten sei Kollege Seidel selbst schuld. Was die Wahl des Vorstehenden anbetreffe, so sei auf der vorjährigen Konferenz ein diesbezüglicher Antrag angenommen worden. Den Gauvorstand müsse man zu belohnen zu belohnen, widerspreche einem belohnenden Antrage. Kollege Herzog ist ebenfalls der Ansicht, daß diese zwei Punkte unter den Bericht gehören können. Kollege Schreiner findet ebenfalls aus dem Bericht, daß nichts Positives geleistet worden sei. Die Wahl des Vorstehenden könne auf der Tagesordnung stehen. Im weiteren verweise er den Bericht, welcher dem Gauvorstand zu erlangen habe. (Das ist Ludwigshafen, so lange nichts anderes be-schlossen wird. D. R.) Bei dem Punkt „Wahl des Gauvorstandes“ gab es noch eine bunte Debatte. Die Kollegen Seidel und Herzog sind der Ansicht, daß die Zahlstelle Ludwigshafen nicht verpflichtet sei, den Gauvorstand zu ergänzen, da dem Statuten bestimmt sei. Ein diesbezüglicher Antrag von Herzog abgelehnt, den Gauvorstand nicht zu wählen, wurde abgelehnt und die Wahl vorgenommen. Darauf hielt Arbeiter-lehrer Seidel einen Vortrag über die Unzulässigkeit der Tagesordnung.

Remmchen. Ueber am 6. Dezember tagende Mitglieder-Versammlung nahm zu den Beschlüssen des Gauvorstandes Stellung. Der jetzige Versammlungstag wurde beschließen. In eine Mitteilung des Gauvorstandes, daß dies es abgelehnt habe, eine Agitationskommission durch den Gau zu wählen, wurde die Forderung gestellt, der Gau 17 Tage wohl dem Kollegen Benz nicht so zu denken. Dann wurde der Jahresbericht gelesen.

Remmchen. Vor kurzer Zeit haben sich die Arbeiter der Holzfabrik Remmchen des Herrn Friedrichs, Remmchenbergerstraße, nach dem Ende der letzteren Organisation angeschlossen. In diesem Sinne hat sich auch immer die Holzfabrik Arbeiter-

zeit, wobei der Lohn auch nicht ein zu hoher ist. Auch herrscht da ein System, wonach zum Weihnacht eine Gratifikation verabreicht wird, aber nicht für alle gleich, sondern so, daß die Plagarbeiter sehr darunter benachteiligt sind. Auf diesem Ber-triebe arbeiten 27 Mann, von denen beinahe die Hälfte kürzlich organisiert sind; weil diese aber glaubten, daß es notwendig wäre, daß sie alle organisiert werden und dem Verbands beizutreten, bevor sie längere Arbeitszeit und auskömmlichen Lohn erlangen, ließen sie es an Aufklärung über Organisation bei ihren Arbeitskollegen nicht fehlen. Diese Agitation scheint dem Arbeitgeber nicht angenehm gewesen zu sein. Denn die Arbeiter führen die Entlassung von zwei Kollegen und die Kündigung eines dritten auf deren Agitation zurück. Einen Mitarbeiter hat man im Verdacht, daß er den Denunzianten gespielt habe. Der Bekündigte erhielt am Weihnachtsabend ein Geschenk in Form seiner Entlassung und kann dann Betrachtungen anstellen, wie die Unternehmer über das Koalitionsrecht denken. Ob Arbeitsmangel Grund der Entlassung ist, wie der Arbeitgeber angab, wird sich ja bald herausstellen. Jedenfalls sind die Kollegen ohne Arbeit und ohne Verdienst, ein neuer Beweis dafür, daß die Existenz der Arbeiter nicht sicher gestellt ist bis ins hohe Alter hinein. Pflicht aller auf Holzbearbeitungs-plätzen beschäftigten Arbeiter ist es, sich der Organisation an-zuschließen, um eine Besserung der Arbeitslage anzustreben.

Nauen. Sonntag, den 6. Dezember, tagte im „Schägen-haus“ unsere ordentliche Monatsversammlung. Unter anderem erwähnte der 1. Bevollmächtigte, daß der Zahlstelle bei der Agitation empfindliche Hindernisse von Seiten der Lokalorgani-sierten Arbeiter bereitet würden. Es werde von jener Seite Mäßigkeit gegen die Zentralorganisation angetrieben. Kollege Borgner tadelte scharf das Verhalten jener Sonderlinge und führte aus, daß man nach dem Verhalten und der Schreibe des Organs jener Linder, der „Einigkeit“, eigentlich nichts anderes er-warten könne. Diese „Auchorganisierten“ müßten doch über-kräftig oder lang in die zentralen Gewerkschaften ausgehen. Dann seien am Dreie eine Menge Arbeiter, welche von dem großen Nutzen der Organisation noch gar nichts wüßten; unter diesen müßte die Agitation energisch betrieben werden. Kein Mittel dürfe unversucht bleiben, aber auch kein Mißerfolg dürfe ent-schieden, wenn kein Erfolg zu erwarten sei, so müssen wir die Fehler, welche bei der Agitation gemacht werden, untersuchen, sie vermeiden lernen und immer von neuem den Kampf mit dem Individuellismus aufnehmen, dann wird der Sieg nicht fehlen. Es müsse wieder einmal versucht werden, die Arbeiter in eine öffentliche Versammlung zu bringen; wie es in der Wahlperiode möglich war, die Arbeiter unseren Ideen zugäng-lich zu machen, so müsse dies auch für die Gewerkschaft versucht werden. Freilich hätten bei der Landtagswahl auch hier Kollegen ihre Stimme abgegeben für den Streber nach Rührung der Arbeiterrechte. Daraus erwachse für jeden Kollegen die erste Pflicht, unermüdet zu agitieren. Die Bevollmächtigten wurden sodann ermächtigt, umgehend 10 Mk. aus der Lokalfasse nach Grimmitzschau zu senden. Nachdem Borgner noch darauf aufmerksam gemacht, daß für die armen Grimmitzshauer jetzt auch Weihnachtsgaben gesammelt werden, und die Mitglieder aufgefordert hatte, auch hierzu ein Scherlein zu opfern, wurde die Versammlung geschlossen.

Wandebek. In der Versammlung vom 2. Dezember in der „Zentralherberge“ führte zunächst der erste Bevollmächtigte den Mitgliedern den schweren Stand der Grimmitzshauer Weber vor Augen und ersuchte, ihnen eine Unterstützung zukommen zu lassen. Ein Antrag, ihnen 500 Mk. zu überweisen, wurde an-genommen. Ein Antrag von Tunnemann, eine Agitations-kommission zu wählen, die Wahl derselben jedoch bis zur nächsten Versammlung zu verschieben, wurde angenommen. Ebenso wurde ein Antrag Siemer angenommen, die Bevoll-mächtigten sollen für die Kommission ein Reglement aus-arbeiten, damit sie weiß, welche Arbeiten sie zu verrichten hat. Dann wurde den Bevollmächtigten die Vollmacht erteilt, mittellosen Reisenden einen Schein auszustellen, worauf diese in der „Zentralherberge“ für eine Nacht Freiquartier er-halten.

Zur Beachtung!

Kolleginnen, Kollegen! Seit dem 1. Oktober haben an verschiedenen Verhandlungen, so in Bremen, Wittenburg a. S., Calbe, Schlutup, und Leisnig fast 1000 unserer Kollegen im Kampfe mit dem Unter-nehmertum gelegen. Nach all den aufgezählten Orten muß, mit Ausnahme von Schlutup, noch Unterstützung gesandt werden. Seit dem 1. Oktober haben wir durchschnittlich jede Woche 7000 Mk. Streikunterstützung ausgegeben. Diese Sachlage erfordert es, daß unsere Kollegen es als ihre Ehrenpflicht betrachten müssen, uns mit Kampfesmitteln zu unterstützen. Hoffentlich erschallt auch unter Ruf, der Ruf der eigenen Organisation nach Hilfe nicht ungehört! Wir legen den Kollegen keine besonderen Opfer auf, wir versenden keine Listen, rechnen aber mit Bestimmtheit darauf, daß jene Verhandlungsorte, die über Lokalbestände verfügen, uns mit einer Summe bedenken werden.

Die Einzelmitglieder in Leipzig-Ost haben vom 1. Januar 1904 ab männliche Mitglieder 10 Pf., weibliche 5 Pf. Extrasteuer zu entrichten.

Zahlstelle Frankfurt hat Zustimmung erhalten, einen monatlichen Extrabeitrag von 5 Pf. vom 1. Februar 1904 zu erheben.

Ausschlüsse: In Leisnig sind die Mitglieder Kunath, Nr. 64 977, und Kapf, Nr. 64 989, wegen unsolidarischen Verhaltens ausgeschlossen worden.

In Wühlheim a. M. wurde das Mitglied Preis, Nr. 59 700, auf Grund des § 7 Abs. b des Statuts aus-geschlossen.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 9. Dezember folgende Beträge ein:

| | | | | | |
|----------------------|--------|---------------|--------|--------------|--------|
| Wittenberg (Bez. D.) | 149,62 | Schrenfeld | 149,50 | Alefeld | 18,55 |
| Schreienhausen | 108,20 | Gelsenkirchen | 5,10 | Zangkebr | 9,10 |
| Uelzen | 7,70 | Greben | 28,41 | Braunschweig | 10,-- |
| Kaltenbrunn | 20,54 | Winterhude | 6,10 | Regensborn | 160,00 |
| Bramen | 88,35 | Hannover I | 50,-- | Preßfeld | 15,-- |
| Schreienhausen | 5,-- | Mühlentel | 110,50 | Wahlklingen | 11,-- |

Schluss: Montag, den 21. Dezember, mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 79 418, lautend auf den Namen Emil Müller.
Nr. 74 665, ausgestellt am 13. August 1901 in Wühlens-burg-Georgswerder auf den Namen Friedrich Schönborg.
Nr. 59 945, ausgestellt auf den Namen Herrn Wilhelm.
Nr. 78 829, ausgestellt auf den Namen Karl Kergel, Nr. 59 950, ausgestellt auf den Namen Aug. Dierker, sämtlich zu Eichers-laden.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Die Zahlstelle Hof-Moschendorf nennt sich jetzt Moschendorf.
Aderstedt, Karl Wilhelm.
Wietzheim (Gau 13). Albert Dietrich, Friedrichstraße.
Deutsch-Lissa, Paul Leichmann, Marienstraße 8, Dth. 2.
Einbeck (Gau 1). C. Friedrich, Markstraße 30.
Eise (Gau 1). Vertrauensmann: Konrad Otto, Schmiede-torfstraße 15.
Erlangen (Gau 12). Peter Regel, Waldstraße 28.
Fehnik i. M. Hermann Deutschheim, Angerstraße 5.
Heidegesecht bei Julius Müller, Köhlergasse 7, von 7 bis 9 Uhr abends.
Lechhausen. Jos. Kirchmayer, II. Querstraße 25.
Leipzig-Lindenau. D. Bodenstein, L.-Klein-Schloßer-Antonienstraße 13, IV. r.
Mühlheim a. Rh. Reisegeleit wird ausbezahlt bei Gilbert Janderbohnen, Gasthaus „Zur Schweiz“, Untere Wall-straße 29.
Stade. Aug. Sander, Köhnstraße 1.
Strelitz i. M. Rudolf Buchan, Stendliherstraße 245.
Sulgau (Oberamt Oberndorf). Simon Haas.
Wühlensburg-Georgswerder. W. Redtmann, Nieder-Georgswerder 80 II.

Briefkasten.

Wittermann, Ehrenfeld. Bei Niederschrift der Ver-sammlungsberichte schreibt man nur eine Seite des Papiers. Der Kollege Aug. Pfeiffer, eingetretten in Coll., wird aufgefordert, seine Adresse an Kollegen Paul Peter, Sebrik, Blumenstraße 6, gelangen zu lassen.

Au die Zahlstellen und Einzelmitglied-schaften des Agitationsbezirks Sachsen II (Gau 7).

Sonntag, den 14. Februar 1904, vormittags 11 Uhr: **Gaukonferenz**

- in der „Zentralherberge“ in Radeberg, Stolpnerstraße.
- Tagesordnung:**
1. Bericht des Vorstandes
a) des Vorsitzenden,
b) des Kassierers.
 2. Bericht der Delegierten.
 3. Unsere fernere Agitation.
 4. Beratung der eingegangenen Anträge.
 5. Wahl des Ortes, wo der Gauvorstand seinen Sitz hat.
 6. Wahl des Ortes, wo die nächste Konferenz stattfindet.
 7. Allg. meines.

Die gestellten Anträge und die Adressen der gewählten Delegierten müssen bis zum 1. Februar an Unterzeichneten ein-gegangen sein. Die Delegierten haben sich durch ihr Mitglieds-buch zu legitimieren. Die Kosten der Delegation tragen die Zahlstellen selbst. Die Konferenz wird pünktlich eröffnet, daher müssen sich die Delegierten einrichten, daß sie pünktlich zur festgesetzten Zeit zur Stelle sind.

Mit kollegiallichem Gruß
Der Gauvorstand.
J. A.: C l e m e n s W a d m i g, Dresden-Obbau, Reifewitzerstraße 50 II.

Inserate.

Dresden.

Sonntabend, den 9. Januar 1904, abends 9 Uhr: **Versammlung**

im „Volkshaus“, Maxstraße 13 I.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Ermäßigung des unentgeltlichen Körpers. Referent: Herr Dr. med. Engelmann.
2. Rosenbericht vom 4. Quartal 03. und Jahresbericht. 3. Die Gaukonferenz in Radeberg: a) Beratung der Anträge, b) Wahl der Delegierten. 4. Gewerkschaftliches.
Kollegen, Kolleginnen, sorgt für zahlreiches Besuch.

Der Vertrauensmann.
NB. Sonntag, den 17. Januar 1904: Humoristischer Familien-Abend im „Volkshaus“. Anfang 6 Uhr abends. Karten dazu sind von den Kassierern und bekannten Kollegen zu entnehmen. Preis derselben 10 Pf. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. [2,70 Mk.]

Zahlstelle Gilbed.

Donnerstag, den 31. Dezember, im Lokale des Herrn Jahn, Wandsbeker Chaussee 102:

Großes Sylvester-Vergnügen

verbunden mit Tombola und komischen Vorträgen.
U. a. gelangt zur Aufführung:
„Vierzehn Tage Übung“ oder: „Wie du mir, so ich dir“,
komisches Lesezeit (Frisel, Nante, Nete),
ausgeführt von dem beliebten Selbstvolksto-Erio.
Karten à 30 Pf., wofür Garderobe. Anfang 8 Uhr.
1.50 Mk.] Der Festausschuß.

Zahlstelle Hanau.

Reisegeleit wird ausbezahlt bei Eduard Specht, Stein-heimer Landstraße 5, von 5 bis 8 Uhr.
Der 1. Bevollmächtigte.

Zahlstelle Jechitz.

Unsere Versammlungen tagen am letzten Sonntag im Monat im Gasthaus „Zum goldenen Ring“.
Der 1. Bevollmächtigte.

Zahlstelle Regenborn.

Sonntag, den 3. Januar 1904: **Versammlung** im Lokale des Herrn Hartmann. Referent: Kollege Schlenker aus Traunschweig. Laut Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung wird unentschuldigtes Fernbleiben von den Ver-sammlungen mit 25 Pf. Strafe belegt.
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Neumünster.

Mitglieder-Versammlung im Lokale Kellermann, Plönerstraße 7. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Bad Rheinfelden.

Sonntag, den 3. Januar, nachm. 5 Uhr beginnend, findet in der Wirtschaft „Zum Rheinlaner“ hier unsere **Weihnachtsfeier**

bestehend in Kinderbescherung, Christbaum- und Gaben-verlosung, unter gefälliger Mitwirkung des Gesangs-Vereins „Arbeiter-Männerchor“ Rheinfelden (Schweiz), statt. Nach Ab-wandlung des Programms gemüthl. Unterhaltung und Tanz. Hierzu laden wir die Kollegen unserer benachbarten Zahlstelle Wühlensburg-Georgswerder freundlichst ein.
Die Bevollmächtigten.